

Erinnerung an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Eine gewachsene Leerstelle

Manfred Grieger

[Redebeitrag anlässlich der Gedenkveranstaltung zum 8. Mai, Wolfsburg 8.5.2021]

Sehr verehrte Anwesende!

Selbst auf das örtliche Gedenken an die Opfer der NS-Herrschaft und die Befreiung durch die Alliierten nimmt die Pandemie Einfluss – doch nach der erzwungenen Pause im letzten Jahr greift der Wolfsburger Verein Erinnerung und Zukunft mit seinen Partnern die 8.-Mai-Tradition wieder auf. Hierfür danke ich dem Verein sehr, Ihrer aller Anwesenheit unterstützt das Ansinnen, von diesem Engagement nicht abzulassen. Sara Frenkel, die 98-jährig in Antwerpen die Entwicklungen weiterhin verfolgt, wird das freuen.

Die gesundheitliche Krisensituation bringt auch in gesellschaftlicher oder politisch-ideologischer Hinsicht die schon längst bestehenden Konfliktkräfte deutlicher hervor. Alexander Gaulands Äußerung, dass Hitler und die Nationalsozialisten „nur ein Vogelschiss“ in 1.000 Jahren deutscher Geschichte gewesen seien, sorgte im November 2018 und damit in der Vor-Corona-Zeit für Furore. Er brachte damit allerdings nur die rechtskonservative und protofaschistische Verharmlosungsstrategie auf einen kommunikative Aufmerksamkeit erheischenden Punkt. Er wollte die Bedeutung des Nationalsozialismus für die deutsche Geschichte minimieren und den deutschen Normalisierungsdiskurs befeuern. Soweit so bekannt. Menschen wie wir haben auf solche Äußerung regelmäßig mit dem Vorwurf der „Geschichtsvergessenheit“ reagiert.

Aber spätestens in der Pandemie, als sich auf den „Querdenker“-Aufmärschen „Jana aus Kassel“ wie Sophie Scholl fühlte oder in Karlsruhe eine Elfjährige sich mit Anne Frank verglich, trat eine neue Tendenz der Geschichtsaneignung auf Seiten der extremen Rechten auf. Wenn aber die von Rechtsextremen vorgenommenen Verweise auf historische Personen deren antidemokratischen Identitätsbestand aufladen sollen oder die Eigenviktimisierung durch die Selbststigmatisierung mit

einem Gelben Stern betrieben wird, führt Entrüstung nicht weiter. Auch die gezielte Nutzung von historischen Begrifflichkeiten wie „Ermächtigungsgesetz“ widerspricht der älteren These von der Geschichtsvergessenheit. Denn Björn Höcke und andere inszenieren sich inzwischen als Wiedergänger des „patriotischen Widerstands gegen Hitler“ und gemeinden den militärischen Widerstand um Stauffenberg großzügig in ihren Kampf gegen das so genannte Merkel-System ein.

Damit ist eine neue Qualität erreicht, denn üblicherweise reklamiert doch das offizielle Gedenken an die Opfer der NS-Diktatur ebenjene Persönlichkeiten als Traditionslinie eigenen Handelns. Soweit so neu – doch viele betrachten fassungslos das Geschehen und ihnen droht der Kernbestand eigener Geschichtsidentität aus den Händen gewunden zu werden. Das Ringen um die Deutungshoheit über die deutsche Geschichte und über überregionale und lokale Persönlichkeiten ist im vollen Gange. Das erfordert neue Antworten.

Den Geschichtslehrer Björn Höcke oder andere völkische Ideologen mit Argumenten überzeugen zu wollen, dürfte wohl aussichtslos sein. Es beim Bedauern über die Entwicklung zu belassen, wäre denkwürdig passiv, in gewisser Weise sogar selbstgefällig. Denn dass die extreme Rechte ihre Chancen zu nutzen sucht, die sich aus den gewachsenen Unsicherheiten und dem gesellschaftlichen Auseinanderdriften ergeben, wird sich durch moralische Appelle nicht beeinflussen lassen. Um wieder antwortfähig zu werden, bedarf es eines vielleicht auch schmerzhaften Reflektionsprozesses. Einen Vorteil hat die Pandemie schon: Das für viele – allerdings nicht für das medizinische und sonstige Versorgungspersonal in den Krankenhäusern, Pflegeheimen, Amazon-Logistikzentren, und Essens- und Paketbringediensten – entschleunigte Leben bietet Gelegenheit für grundsätzliche Gedanken und Bilanzierungen. Mir geht es heute um eine gewachsene Leerstelle, nämlich um die verdrängte Erinnerung an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus.

Seit mehr als 50 Jahre erinnern hier an diesem Ort Menschen an das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa, das zugleich für den Untergang des NS-Regimes sorgte und den politisch, sozial und rassistisch Unterdrückten die Befreiung und die Hoffnung auf persönliche Freiheit und individuelles Glück brachte. Aus heutiger Perspektive schwang aber die Illusion mit, der Nationalsozialismus könne – wie es damals gern hieß – „mit Stumpf und Stiel“ ausgerissen werden.

Denn bereits drei Jahre nach Kriegsende erzielte bei den Kommunalwahlen in der Stadt Wolfsburg eine offen nationalsozialistische Partei die Mehrheit der Stimmen. Ehemalige NSDAP-Mitglieder diffundierten in die Behörden, die Unternehmen, die Parteien und Gewerkschaften. Auch wenn nach 1985 auf Ebene der Kommune durch bürgerschaftliches oder wissenschaftliches Engagement – hier sei exemplarisch auf das Wirken von Gisela Abel oder Klaus-Jörg Siegfried hingewiesen – feste Erinnerungsformen etabliert werden konnten. Zuletzt geriet das offizielle Erinnern aber unter Druck. Die unübersehbare Tendenz zur Ritualisierung und Erstarrung soll heute ebenso wenig thematisiert wie der unzureichende Aktivierungsgrad bemängelt werden.

Die Geschichtspolitik hat sich auf das unpolitisch-kulturelle Opfergedenken fokussiert und damit eine eingreifende Rolle eingebüßt. Denn über den politischen und sozialen Widerstand gegen den Nationalsozialismus – der 20. Juli sei einmal ausgeklammert – geht die öffentliche Erinnerung meistens hinweg. Das Ende der Zeitzugenschaft wird in Bezug auf den Holocaust und die NS-Zwangsarbeit heute vielfach beklagt. Doch die Männer und Frauen, die in den 1970er Jahren den damals in Opposition zum herrschaftlichen Schweigen aufklärungswilligen Heranwachsenden über ihren „Widerstandskampf“ gegen den Nationalsozialismus berichteten, sind schon längst tot. Ihre Geschichten wurden vergessen oder waren noch nie beachtet worden. Das beschreibt eine Leerstelle auch des hiesigen Geschichtsbewusstseins.

Denn was wissen Sie über den örtlichen Widerstand? Ich meine keine selbstlegimatorischen Äußerungen von Säulenheiligen wie Monsignore Holling oder des SPD-Oberbürgermeisters und Betriebsratsvorsitzenden Hugo Bork, sondern hard facts! Hat es hier zwischen Vorsfelde und Sülfeld womöglich weder am Ende der Weimarer Republik noch in der Etablierungsphase des Nationalsozialismus individuelle Proteste und organisatorische Überdauerungsversuche von Parteien und Verbänden wie Gewerkschaften gegeben? Wer opponierte gegen die örtliche NS-Macht in der Stadt des KdF-Wagens bei Fallersleben? Ohne den Ausweis widerständiger Tendenzen wird das Bild einer konfliktlosen NS-Volksgemeinschaft der Deutschen gezeichnet, die sich auf der Basis von Ausbeutung und Tod ausländischer Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter ein schönes Leben gemacht hätten. Die Opfer im Nachhinein allein zu betrauern, belässt die einen in passiver Wehrlosigkeit und uns in würdigem Gedenken, während Beispiele aktiven Handelns

gegen die rassistische NS-Diktatur ungenannt bleiben. Meiner These nach wohnt aber gerade den ggf. aufzuzeigenden Aktionsmöglichkeiten und individuellen Handlungsspielräumen eine motivierende und aktivierenden Vorbildfunktion inne.

Die Erweiterung unseres Wissens auf diesem Gebiet hätte durchaus von stadtaemswegen erfolgen sollen. Doch seit geraumer Zeit erhielt die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus hier in Wolfsburg außer Bauplänen keine neuen Elemente mehr. Ersatzweise will ich einzelnen Spuren ein Stück folgen.

Eine systematische Forschung zum örtlichen Widerstand steht aus. Es ist deshalb auch kein Zufall, dass bislang die Verfolgungsgeschichte von Franz Josef Braun (Jg. 1907) außerhalb der Wahrnehmung blieb. Braun, in der Weimarer Republik KPD-Sympathisant, war nach Jahren der Arbeitslosigkeit und der Baustellentätigkeiten im November 1939 von der Volkswagenwerk GmbH als Schweißer eingestellt worden und ab Herbst 1941 als „Hilfswachmann“ bei den sowjetischen Kriegsgefangenen als Vorarbeiter eingesetzt. Im Juli 1942 steckte er einer sowjetischen Zwangsarbeiterin mit deutschen Sprachkenntnissen einen Zettel „Kopf hoch, Helene, es wird schon wieder besser, wir warten auch auf die Befreiung seit 1933. Ein alter Genosse“ zu.

Deswegen am 3. August 1942 vom Kriminalsekretär Raabe von der örtlichen Außendienststelle der Geheimen Staatspolizei vorläufig festgenommen und dann nach Braunschweig in Untersuchungshaft gebracht, wurde er mehrfach verhört. Offenbar unter Gewaltanwendung gestand er, den betreffenden Zettel geschrieben zu haben. Ihm wurde zudem zur Last gelegt, Kontakte zu anderen ehemaligen Mitgliedern der Roten Hilfe gepflegt zu haben und ggf. auch an der Anbringung von kommunistischen Parolen im Volkswagenwerk beteiligt gewesen zu sein. Im Verlauf der Ermittlungen ergab sich auch, dass Braun in seiner hessischen Heimat Ende Februar 1933 an einer stattgefundenen Schlägerei zwischen Kommunisten und SA-Männern teilgenommen hatte und im Juli 1933 deswegen zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden war.

Das alles machte ihn überaus verdächtig, ein kommunistischer Aktivist zu sein. Ungeachtet dessen erhielt er vom 1. Senat des Volksgerichtshofs am 14. Dezember 1942 anstatt der geforderten Verurteilung wegen Vorbereitung zum Hochverrat und der drohenden Todesstrafe eine einjährige Gefängnisstrafe wegen Vergehens gegen das Heimtückegesetz. Das Gerichtsverfahren hätte auch anders ausgehen können. Braun verbüßte die Straftat und setzte sich nach der Befreiung u.a. als Hilfspolizist

für die Erziehung und Bestrafung von Nationalsozialisten ein. Hierdurch lästig geworden, wurde er wie andere Kommunisten in Wolfsburg um 1948 kaltgestellt. Daraufhin zog er sich enttäuscht ins private Leben und die Hundezucht zurück.

Seine Geschichte verbindet sich mit verstörenden Ereignissen und erschwert lineare Übertragungen. Denn sein Interesse an „Ostarbeiterinnen“ hatte womöglich weniger politische Gründe als vielmehr sexuelle Motive. Braun prügelte mitunter sogar die ihm unterstellten sowjetischen Kriegsgefangenen und hatte auf einen KdF-Wagen gespart, was ihm strafmildernd angerechnet wurde. Auch seine Beteiligung an gewaltsamen Auseinandersetzungen mit Nationalsozialisten zur Umsetzung der damaligen KPD-Strategie „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!“ lässt im Verhältnis zur heutigen Null-Toleranz gegenüber völkischer Politik und der Nicht-Kooperation mit der AfD erhebliche Bewertungsspielräume.

Doch die Uneindeutigkeiten sind ebenso erhellend wie die vom Dmitiri Tukuser begonnene Auseinandersetzung mit dem 1933 durch eine Polizeikugel getöteten Kurt Schmidt in Vorsfelde. Dessen aufbegehrendes Leben gegen die nationalsozialistische „Leistungsdiktatur“ (Malte Thießen) kam ebenso eine systemuntergrabende Funktion zu wie der spätere Absentismus von so genannten „Arbeitsbummelanten“.

Auf einem anderen Forderungsblatt steht die hier unterbliebene Beackerung des Feldes Opfer von Medizinverbrechen. Auch hierzu mag ein Hinweis genügen: So verweigerte beispielsweise Otto Benze aus Neuhaus, der bereits Mitte der 1920er Jahre wegen „widernatürlicher Unzucht“ gemäß § 175 StGB zu einer Gefängnisstrafe verurteilt und ab 2. April 1926 in der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Königslutter untergebracht worden war, im Frühjahr 1939 seine Zustimmung zur eigenen „Entmannung“. Daraufhin erfolgte die Bestellung eines Pflegers, der dem Eingriff an seinem Mündel zustimmte. Nach der Operation am 12. April 1939 erfolgte am 29. September 1939 die Entlassung nach Reislingen, wo er in der Landwirtschaft zu arbeiten begann. Auch wenn der Helmstedter Landrat und die Gemeinde Reislingen im Kontakt mit dem Braunschweigischen Staatsministerium des Innern vollkommen überzeichnend Kostengründe für die Entlassung Benzes geltend machten, motivierten den Bürgermeister von Reislingen auch ganz persönliche Gründe zu seinem Vorgehen: Er beschäftigte Benze nach dessen Entlassung als „volle Hilfskraft“.

Weitere Leerstellen ließen sich mit dem Umgang mit psychisch Kranken in der angeblichen NS-Musterstadt und deren Tod in Landes-Heil- und Pflegeanstalt Königslutter benennen. Aus meiner Sicht dürfte es nicht ganz falsch sein, die eigenen Versäumnisse selbstkritisch zu betrachten. Um zu neuen Erinnerungsinhalten zu kommen, geht es um die Reaktivierung der Entdeckungsfreude, die die Würdigung von Menschen ermöglicht, die sich widersetzt haben. Auch wäre eine Erweiterung der Opfergruppen um die Schwierigen ohne Identifikationspotential erstrebenswert. Denn es geht nicht um neue Helden*innengeschichten, sondern um Beispiel gebende Entscheidungen für eingreifendes Handeln.

Die erneute und ergebnisoffene Prüfung von politischen Konzepten und von Handlungsweisen am Ende der Weimarer Republik zur Verteidigung der Demokratie, beim Übergang in die NS-Diktatur und während der Kriegsphase könnte der lokalen Erinnerung neue Impulse geben. Gerade von der Eruierung von lokalen Beispielen unangepassten Verhaltens erwarte ich mir eine Impulsstärkung, dass die Deutungsmacht über die Geschichte des Widerstands weiterhin bei den Kräften der Aufklärung, der Demokratie und des Antirassismus bleibt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.